# Hartz 4, Bürgergeld und das Kapital

Januar 2024

### Was ist der Stand?

Die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte von Klassenkämpfen, die Geschichte des Sozialstaats der BRD auch. Das Bürgergeld wurde im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2021 als großes, progressives Projekt angekündigt. Im Gesetzesentwurf hieß es dann auch noch stolz, dass sich das Bürgergeld nur noch um maximal 30% kürzen lassen würde. Damit folgte das neue Gesetz einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts welches schon 2014 100% Sanktionen für verfassungswidrig erklärte. Auch stand im Gesetz eine stärkere Förderung von Ausbildungen und höherer Qualifizierungen. Die Freibeträge, also der Wert des Eigentums den eine Person besitzen darf um immer noch Anspruch auf Grundsicherung zu erhalten, wurden erhöht. Diese Maßnahmen sollten alle dazu dienen, den im Rahmen der Agenda 2010 geschaffenen Niedriglohnsektor zu bekämpfen. Schon im Gesetzesentwurf war dabei auch eine schnelle Anpassung des Bürgergelds an die Inflation mit inbegriffen, diese sollte das erste mal am 01.01.2024 durchgeführt werden. Vor rund 2 Wochen war es dann auch soweit, um "skandalöse" 61€ wurde das Bürgergeld nicht angehoben, sondern an die teureren Preise angepasst. Schon im Vorhinein entbrannte in Springer Medien und Co ein mediales Feuerwerk das jegliche 5000€ Silvestereinkäufe in den Schatten stellte: "Viertklässler wollen Bürgergeldbezieher werden" titelte zum Beispiel die BILD, oder auch "[Boris] Palmer rechnet sein Bürgergeld aus und fasst es nicht", die Welt schreibt im November letzten Jahres noch "Bürgergeld oder Rente mit 63 - An einen Kostenposten muss der Minister jetzt ran!" Wie schon bei der Debatte um Migration knickte die "progressive Ampel" beim ersten Anzeichen von Gegenwind ein, und Hubertus Heil ließ vor einigen Wochen verlauten das die 100% Sanktionen wieder zurückkehren würden. Wenn Heil diese Reform schon von sich aus vorschlägt können wir erwarten, dass das Endergebnis noch deutlich schärfer ausfallen wird. Doch wem nützt

### Arbeiten muss sich wieder lohnen!

Dieser Satz scheint einer der Lieblingssätze deutscher, weißer 60+ Männer zu sein, gerade aus FDP, CDU und AFD Kreisen hört man ihn immer öfter. Gemeint sind dabei aber auf keinen Fall höhere Löhne, und somit eine Bekämpfung des Niedriglohnsektors, nein, ganz im Gegenteil. Es geht vor allem darum Arme gegen noch Ärmere auszuspielen und somit Niedriglohnsektor zu festigen. Dabei "lohnt" sich arbeiten durchaus, schauen wir genauer auf das Bürgergeld und wie es aufgebaut ist, ergibt sich ein Bild, dass der reaktionären Argumentation von rechts und inzwischen auch von der Ampel jeglichen Wind aus den Segeln nimmt. Der X (ehem. Twitter) User @sozi simon hat sich in einem tiefgehenden Thread sehr eindrucksvoll mit dem deutschen Sozialstaat auseinandergesetzt. Simon hat eine fiktive Familie Müller mit 3 Kindern erstellt und welche Sozialleistungen sie je nach Bruttoeinkommen bekommen würde. Dabei fällt auf, wenn auch nur eine Person in der Familie Müller einen Minijob über 520€ im Monat annehmen würde, wären das bereits 180€ mehr im Monat in der Haushaltskasse, würden beide Elternteile dies tun wären es bereits 328€ mehr. Die Argumentation, das sich arbeiten nicht lohnen würde ist also völliger Schwachsinn, und dient alleine dem Zweck Proletarier:innen gegen Proletarier:innen auszuspielen. Viel auffälliger ist jedoch, dass von einem Bruttogehalt von 2.900€ bis 5.500€ nur eine Steigung in der Haushaltskasse von 68(!)€ vorhanden ist. Während Sozialhilfen wegfielen käme es zu einem massiven Anstieg der Steuerlasten. Die deutschen Steuersätze sind nämlich so verteilt dass sie nicht etwa besonders hoch für die Reichen sind, sondern der größte Unterschied der zwischen Arbeiter:innen mit geringem Einkommen und Arbeiter:innen mit etwas höherem Einkommen ist. Die Diskursverschiebung die hier getätigt wird ist beachtlich und alarmierend, denn dadurch das sich der ganze Diskurs allein um Empfänger:innen von Grundsicherung dreht verliert auch die politische Linke den Blick für das eigentliche Ziel der Hartz Gesetze welche mit dem Angriff auf die Grundsicherung wieder zurückkehren. Es lohnt es sich für eine Arbeiter:in im Niedriglohnsektor kaum aufzusteigen und zum Beispiel einen Akademischen

Beruf anzustreben, da dieser Aufstieg kaum mit mehr Geld verknüpft ist, die Annahme eines miesen Jobs hingegen "lohnt" sich sehr wohl. Das System macht also klar: Du hast die Wahl zwischen sehr arm und etwas weniger arm, Wohlstand erarbeiten kannst du dir aber nicht, den haben nur die die tatsächlich nicht arbeiten aber dafür Aktien besitzen.

## Der Niedriglohnsektor und der Kapitalismus

Der Niedriglohnsektor trägt maßgeblich zum Erhalt der Bürgerlichen-Kapitalistischen Ordnung bei, er verstärkt zum Beispiel die Trennung in Kopfarbeit, also vor allem Bürojobs, und Handarbeit, also zum Beispiel Jobs auf dem Bau. Schauen wir uns dazu ein paar Statistiken an. Laut Statistischem Bundesamt ist das Einstiegsgehalt für Menschen mit Ausbildung mit rund 3.500€ im Monat um 1000€ niedriger als das von Bachlor Absolvent:innen, dazu kommt noch dass Akademiker:innen in Deutschland deutlich bessere Aufstiegschancen haben. Doch wer hat ein Interesse daran Menschen in Armut zu halten?

Ein Kapitalist versucht einem Arbeiter immer nur seine Reproduktionskosten zu bezahlen, also so viel das er sich Essen, trinken und eine Familie leisten kann. Die Reproduktionskosten stellen auch den Betrag dar, den ein Arbeiter verlangt damit er auch bereit ist am nächsten Tag noch zur Arbeit kommen. Streiks entstehen, wenn ein Arbeitgeber dies nicht mehr erfüllt, die Arbeiter:innen kommen dann ganz einfach nicht mehr zur Arbeit. In dem man in Deutschland künstlich durch Steuern und Sozialstaatsanpassungen einen Niedriglohnsektor erschafft verhindert man, dass Menschen die in diesem Niedriglohnsektor arbeiten "aufsteigen" wollen, weil es sich ökonomisch für sie einfach nicht lohnt. Die Reproduktionskosten werden also künstlich niedrig gehalten. Diese fatale Lohnpolitik wollte man mittels Sozialreformen, in Form des neuen Bürgergelds, angreifen, doch die Sprecher:innen und Demagog:innen des Kapitals haben sich sofort versammelt um die Aufbrechung dieses künstlichen Niedriglohnsektors zu verhindert. Gleichzeitig wird im bürgerlichen Diskurs permanent verschwiegen das Arbeitslosigkeit eine natürliche Begleiterscheinung des Kapitalismus und seiner Krisenhaftigkeit ist. Es wird auch oft gesagt, dass das Bürgergeld unsolidarisch sei und Bürgergeldempfänger:innen wie im Paradies leben würden.

## Wie hoch ist eigentlich das Bürgergeld?

An sich ist der Betrag den man als Bürgergeld Empfänger:in bekommt 563€ im Monat, diese sind unterteilt in verschiedene Kategorien, wie Nahrungsmittel, Gesundheitspflege und Verkehr. Schaut man sich diese Aufteilung an wird schnell klar: Nein, Bürgergeldempfänger:innen leben nicht im Paradies. Für Nahrungsmittel sind zum Beispiel knapp 200€ eingeplant. Laut Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung sollte eine Einzelperson rund 170-220€ im Monat für Nahrungsmittel ausgeben, das 170€ höchst unrealistisch sind zeigt sich daran das Privatpersonen im Durchschnitt 243€ für Nahrungsmittel ausgeben. Dank Inflationsbereinigung können sich Bürgergeldempfänger:innen jetzt gerade so ein "Deutschlandticket" leisten, sofern die Preise nicht erhöht werden. Man könnte dies für jede der Kategorien durchspielen und stellt schnell fest, die Grundsicherung sichert einem maximal ein Existenzminimum. Wie kommen aber nun die teilweise sehr hohen Bürgergeldzahlungen zustande die sich diverse chauvinistische Hetzer:innen in den letzten Wochen ausgerechnet haben? Hauptsächlich liegt dies daran, dass Bürgergeldempfänger:innen auch eine Wohnung zusteht, auf welche ein Großteil des Geldes das ein:e Empfänger:in bekommt entfällt. In der Konsequenz bedeutet das auch, dass man den Betrag senken könnte wenn die Mieten nicht so hoch wären, der Staat gibt also das Geld nicht für die Sozialhilfeempfänger:innen aus, sondern für die Profite der Vermieter:innen. 2023 hat der Staat so rund 20 Milliarden € direkt an diese, eh schon massiv von der Krise profitierende und tatsächlich nicht arbeitende, Schicht gezahlt. Doch auf die Idee diese Wohnungen zu enteignen und so die Haushaltskasse massiv zu entlasten kommt natürlich niemand.

# Perspektive für Revolutionär:innen

Das Bürgergeld in Deutschland ist ein zentraler Faktor für den Erhalt der kapitalistischen Ordnung, es ist nötig um den Niedriglohnsektor aufrecht zu erhalten, und bringt bestimmten Kapitalist:innen auch noch direkt Kohle ein. Wir als Revolutionär:innen müssen uns gegen die Angriffe auf den Sozialstaat wehren die sich gegen die benachteiligsten Teile der Gesellschaft richten um so einen Keil in die ausgebeutete Klasse zu treiben zwischen den gelobten aber immer noch ausgebeuteten Lohnarbeiter:innen und den Arbeitslosen die man möglichst arm halten möchte weil ihr sozialer Aufstieg nicht im Interesse der Bosse liegt. Zeigen wir die wirklichen Probleme des Sozialsystems auf, zeigen wir auch die Probleme des Wirtschaftssystems im allgemeinen auf, denn wie in diesem Artikel beschrieben, sind diese unglaublich eng verknüpft. Wir unterstützen die Bürgergeldbezieher:innen am besten, in dem wir den Diskurs von ihnen weglenken und stattdessen gegen das Kapital und seine Ausbeutung des gesamten Proletariats richten!

- Gegen die Rückkehr des existenzbedrohenden Sanktionsregimes!
- Kampf dem Niedriglohnsektor Hoch mit den Löhnen!
- Gleiche Bildung für ALLE Es gibt keine "von Natur aus Dummen" sondern nur Menschen denen der Zugang zur höheren Bildung verwehrt wurde!
- Volksentscheide umsetzen Immobilienkonzerne enteignen statt durchfüttern!

# Warum wir jetzt anfangen müssen, eine globale Antikrisenbewegung aufzubauen

Marvin Schutt

### Kein Thema

hat in letzter Zeit unsere Gespräche, Gedanken und Social Media Feeds so geprägt wie das neuartige Coronavirus / Sars-CoV-2, kurz: Corona. Der von vielen Politiker\_Innen proklamierte "Weg in eine neue Normalität nach Corona" hat

die Weltwirtschaft aufatmen lassen. Jedoch liefern die vielen Neuninfektionen

für uns keinen Grund zum Aufatmen sondern eher für Schnappatmung! Wie unsere

Gesundheit für die Profite der Konzerne auf's Spiel gesetzt wird, zeigt nicht zuletzt der massive Corona-Ausbruch beim Fleischproduzenten Tönnies. Dabei sind

bereits eine halbe Millionen Menschen weltweit an oder mit Covid19 gestorben. Die

Öffnungs- und Lockerungspolitik, die viele Länder auf Druck der Wirtschaft und

der internationalen Konkurrenz durchgeführt haben, lässt eine 2. globale Infektionswelle nun immer näher kommen. So brechen neue Infektionsherde in

China oder Lateinamerika aus und die Neuinfektionszahlen schnellen weltweit

rasant an.

# Marktwirtschaft failed

Die

Corona-Krise ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie die freie Marktwirtschaft

nicht dazu in der Lage ist, die dringendsten Bedürfnisse der Menschheit (wie zum Beispiel nicht einer Covid19-Infektion zu sterben) zu befriedigen. Die Pandemie ist dabei jedoch nur der Auslöser und nicht die Ursache der Krise. Diese liegt weitaus tiefer in der kapitalistischen Produktionsweise selber. 2007/2008 ist sie in eine tiefe Absatzkrise geraten, sodass die Produktivität und die Investitionen massiv gesunken sind. Diese Krisenursachen wurden jedoch

nicht behoben, sondern nur durch Niedrigzinspolitik und riesige Bankenrettungspakete abgefedert. Das Coronavirus ist nun die Nadel, die die riesige Blase gerade zum Platzen bringt. Weitere Fabrikschließungen, Massenentlassungen und Sparmaßnahmen werden bald international auf der Tagesordnung stehen.

### Obwohl alle gerade

von Solidarität reden, können wir eigentlich nur nationale Abschottung beobachten. Wer nur national beschränkte medizinische Krisenmaßnahmen ergreift,

aber sich nicht für 20.000 von Corona bedrohte, auf der griechischen Insel Lesbos eingeschlossene und unter schlimmsten hygienischen Bedingungen lebende

Geflüchtete interessiert, braucht uns nichts von Solidarität zu erzählen. Da eine Pandemie nicht vor Nationalstaatsgrenzen halt macht, bedeutet nationale

Abschottung darüber hinaus auch immer eine Behinderung von wirksamen internationalen Schutzmaßnahmen oder der Entwicklung eines Impfstoffes. Und

nicht nur das, nationale Abschottung bedeutet auch, dass die reichen imperialistischen Länder die ärmeren Ländern mit ihren schlechter ausgestatteten Gesundheitssystemen alleine lassen und somit eine weitere Ausbreitung der Infektionen in Kauf nehmen, solange es nicht auf dem eigenen Staatsgebiet

passiert. Dabei wirkt es so, als wären die imperialistischen Länder nicht dafür

verantwortlich, dass die Gesundheitssysteme in den ärmeren Ländern so schlecht

ausgebaut sind. Durch Kolonialismus, Ausbeutung und erzwungene Sparmaßnahmen

haben die imperialistischen Länder dem Rest der Welt jedoch die Möglichkeiten

für einen adäquaten medizinischen Kampf gegen das Coronavirus genommen. Zuletzt

stärkt nationale Abschottungspolitik auch immer ausgrenzende, nationalistische

und rassistische Tendenzen im Bewusstsein der Leute, welche ja

bekanntermaßen auch schon vor Corona stark an Fahrtwind dazugewonnen haben.

## Nationalismus

### failed

Gleichzeitig

feuert die nationalistische Politik auch die Konkurrenz zwischen den führenden

imperialistischen Staaten an. Das sehen wir nicht nur am Wettlauf um die schnellsten Öffnungen und den wachsenden Spannungen in der EU sondern auch an

einer erneuten Zunahme von militärischen Konflikten. So wird nicht nur der Polizeistaat nach innen ausgebaut sondern auch die Aggression nach außen verstärkt, wie zum Beispiel durch den aktuellen Angriffskrieg der Türkei auf die kurdischen Autonomiegebiete oder der Zuspitzung in Grenzkonflikten wie zwischen Indien und China sowie zwischen Süd- und Nordkorea.

#### In

Deutschland konzentriert man sich vor allem darauf, die internationale Konkurrenz auszubooten, indem man fleißig Konjunkturpakete schnürt, um so den

Status des "Exportweltmeisters" aufrechtzuerhalten. Dafür bekamen deutsche

Unternehmen Kredite in Billionenhöhe quasi geschenkt. Ebenso das sogenannte

"Kurzarbeitergeld", welches eine weitere Millionensubvention für Unternehmen

bedeutete, da die Lebensunterhaltskosten ihrer Belegschaften nun aus Steuergeldern und nicht aus der Konzernkasse finanziert werden. Für alle anderen, die leider keine Produktionsmittel besitzen, heißt es nun den Gürtel enger zu schnallen. Wer hier gerettet wird und wer dafür zahlen soll ist eine eindeutige Klassenfrage: Die Armen zahlen, damit die Reichen gerettet werden. Dies

stellt eine massive Umverteilung von Steuergeldern von unten nach oben dar,

sodass die Corona-Pandemie die ohnehin massive soziale Ungleichheit zusätzlich

verstärkt hat. Dabei fragen wir uns, wo dieses ganze Geld auf einmal herkommt.

Seit Jahrzehnten erzählen uns Finanzminister\_Innen, dass Deutschland seine Staatsschulden abbauen müsse. Etliche Sozialkürzungsmaßnahmen, Bildungsabbau

und Sparprogramme wurden mit dem Argument gerechtfertigt, die Neuverschuldung

möglichst gering halten zu müssen. Die Corona-Krise veranlasste die Bundesregierung nun zu einer 180 Grad-Wende: Plötzlich ist massig Geld da und

die Milliardenkredite sprudeln aus der Staatskasse. Allerdings fließen diese nicht in öffentliche Dienstleistungen oder Sozialhilfe sondern in die Privatwirtschaft. Geld scheint also eigentlich da zu sein, wenn es einen politischen Willen dafür gibt.

#### Wir sind

### keine Risikogruppe und trotzdem Opfer der Pandemie!

### Trotzdem

wird sich die erwartete Rezession so nicht aufhalten lassen.

Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren trotz riesiger Rettungspakete einen Abfall des BIPs, wie ihn Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr gesehen hat. Dabei werden es wir Frauen, People of Color

und Jugendliche sein, die die wirtschaftlichen Folgen als erste zu spüren bekommen werden. So sind wir es, die ohnehin schon am wenigsten verdienen und

nun auch als erste entlassen werden. In Deutschland ist die Jugendarbeitslosigkeit allein im März um 33 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. In Österreich sogar um 110 %! Und das obwohl die meisten Unternehmen

ja gerade noch relativ flüssig sind und die große Pleitewelle erst im Herbst erwartet wird.

In Schule

und Uni stehen nun durch die übereilten Öffnungen die Klassenarbeiten und Abschlussprüfungen an, die wir nun trotz massiv angestiegener

Bildungsungerechtigkeit überstehen müssen, damit das Bildungssystem fleißig

seiner kapitalistischen Selektionsfunktion nachkommen kann. Wir schreiben alle

die gleichen Prüfungen und werden gleich bewertet, obwohl es große Unterschiede

dahingehend gab, wer zu Hause die Ruhe hatte sich zu konzentrieren, wessen

Eltern unterstützen konnten und wer einen eigenen Computer zur Verfügung hatte.

Zudem kam es mit dem Lockdown auch zu einem Anstieg an häuslicher Gewalt, von

der vor allem wir Jugendlichen und Frauen betroffen sind.

### Klassenkampf statt Nationalismus

Die Linke

und die Gewerkschaften haben verpasst, auf die vielen Probleme des Lockdowns

eine Antwort von links zu formulieren. Stattdessen sind sie auf Kuschelkurs mit

dem Kapital gegangen und haben die "nationale Einheit" statt Klassenkampf beschworen. Das hat dazu geführt, dass die Probleme vor allem von rechts angeprangert und mit einer reaktionären Weltsicht, Rassismus und Esoterik verbunden wurden. Dabei richten sie sich in ihren sogenannten "Hygienedemos"

vor allem an das kleinbürgerliche Milieu, da kleine Unternehmen und Selbstständige besonders hart von der Krise betroffen sind, aber kaum vom Staat

gerettet werden.

Wenn wir den

Rechten das Feld nicht überlassen wollen und linke Antworten auf die Fragen der

wirksamen Pandemiebekämpfung und die zu erwartenden sozialen Angriffe finden

wollen, können wir es jedoch nicht nur bei "solidarischer Nachbarschaftshilfe"

und "Kiezarbeit" belassen. Selbstorganisierung ist zwar ein wichtiger Aspekt, kann aber nur die Symptome bekämpfen. Wenn wir uns also nicht immer nur gegen

den gesellschaftlichen Mangel selbst organisieren wollen, müssen wir notwendigerweise die Machtfrage stellen. Also kann ich zwar zum Beispiel für

meine 70-jährige Nachbarin in die Apotheke gehen, aber für die bestmögliche

Bekämpfung der Pandemie müssten wir die gesamte Pharmaindustrie unter Arbeiter\_innenkontrolle stellen.

#### Mit der

Perspektive, die zentralen von der Pandemie betroffenen gesellschaftlichen Sektoren wie Gesundheitssystem, Produktion und Bildung unter demokratische

Kontrolle zu bringen und nicht der kapitalistischen Profitlogik zu überlassen, gibt es jedoch einen Weg, wie wir kollektiv und solidarisch gegen die Krise und

gegen die Pandemie kämpfen können. Lasst und diese sozialistische Perspektive

dem wachsenden Rassismus, Militarismus und Verschwörungstheorien entgegenstellen!

#### Wie kann

### eine globale Anti-Krisenbewegung aussehen?

Dafür müssen

wir jetzt beginnen, eine Anti-Krisenbewegung aufzubauen. Indem wir uns dort

organisieren, wo wir die Folgen der Krise gerade am ehesten spüren, ob in

Schule, Uni, Krankenhaus oder Betrieb, können wir Widerstand gegen die Öffnungspolitik und die Entlassungen aufbauen, indem wir Werk- oder Schulschließungen durch Streiks und Besetzungen erzwingen. An SPD, Linkspartei

und Gewerkschaften kommen wir mit diesem Vorhaben jedoch nicht vorbei, denn ein

Großteil der organisierten Arbeiter\_Innenklasse zählt zu ihren Mitgliedern. Doch um aktiven Widerstand zu leisten, brauchen sie scheinbar einen kräftigen

Arschtritt! Lasst uns gemeinsame Mobilisierungen und Aktionskonferenzen starten, an denen wir alle gemeinsam über ein Programm und Aktionen diskutieren, das eine eigene unabhängige Stimme der Lohnabhängigen, Migrant\_Innen und Jugendlichen hörbar macht. Dabei müssen wir den Anschluss an

bestehende internationale Massenproteste wie die aktuelle

Black-Lives-Matter-Bewegung suchen und Themen wie Polizeigewalt und Rassismus

in unser Aktionsprogramm integrieren. Wenn eine Anti-Krisenbewegung nicht

international ist, ist sie gar nicht, denn eine internationale Krise lässt sich nicht von einem Land aus bekämpfen. Nationale (Schein-)Lösungen bedeuten letztlich nur, dass andere Länder stärker ausgebeutet werden, um kleine Verbesserungen vor der eigenen Haustür zu schaffen. Nur mit einer konsequenten

internationalistischen, klassenkämpferischen und antikapitalistischen Ausrichtung, kann eine solche Anti-Krisenbewegung erfolgreich sein!